

Zusammenfassung des Frühjahrgutachtens der Wirtschaftsforschungsinstitute 2016

Die wirtschaftliche Lage in Deutschland

Die deutsche Wirtschaft befindet sich – nach Aussage der Wirtschaftsforschungsinstitute – in einem moderaten Aufschwung. Sie schätzen, dass das **Bruttoinlandsprodukt** in Deutschland im Jahr 2016 um 1,6% steigen wird (Prognose Herbstgutachten: 1,8%), im kommenden Jahr dürfte die Wirtschaft um 1,5% zulegen.

Getragen wird der Aufschwung vom **privaten Konsum**, der vom anhaltenden Beschäftigungsaufbau, den Steigerungen der Lohn- und Transfereinkommen¹ und den Kaufkraftgewinnen infolge der gesunkenen Mineralöl- und Kraftstoffpreise profitiert. Insgesamt dürften die privaten Konsumausgaben in 2016 um real 2,1% steigen, in 2017 mit verminderter Dynamik um 1,5%.

Kaum stimulierende Effekte gehen dagegen vonseiten der Weltwirtschaft auf die deutsche Konjunktur aus. Nach einem schwächeren Start der **Exporte** in das Jahr 2016 dürften die Ausfuhren im weiteren Verlauf des Jahres anziehen, wobei positive Impulse vor allem aus dem Euroraum, Großbritannien und den USA zu erwarten sind. Insgesamt erwarten die Forschungsinstitute einen Anstieg um 2,0%. In 2017 dürfte der Zuwachs 4,0% betragen. Die **Importe** dürften hingegen stark ins Jahr 2016 gestartet sein, wobei sich diese Dynamik nicht fortsetzen wird. Ausschlaggebend hierfür ist unter anderem die mäßige Expansion der Ausrüstungsinvestitionen. Im Durchschnitt werden für 2016 und 2017 Zuwachsraten in Höhe von 4,7% erwartet.

Für die **Ausrüstungsinvestitionen** rechnen die Institute insgesamt nur mit geringer Dynamik. Während die Entwicklung zu Jahresbeginn moderat war, gehen die Institute für den späteren Verlauf des Jahres von einem anziehenden Tempo der Investitionsausweitungen aus. Dies gilt auch für das nächste Jahr. Die Rahmenbedingungen präsentieren sich nach wie vor positiv (u.a. niedrige Zinsen, solide Eigenkapitalausstattung der Unternehmen). In 2016 dürften die Ausrüstungsinvestitionen um 2,5% und in 2017 um 3,3% zulegen.

Die Forschungsinstitute rechnen auch für 2016 und 2017 mit einem kräftigen **Beschäftigungsaufbau**. Dies geht – neben dem prognostizierten Produktionsanstieg – unter anderem auf die Ausweitung der Kapazitäten zur Betreuung und Unterbringung der Flüchtlinge zurück und betrifft hierbei insbesondere die Bereiche Sozialwesen, Erziehung / Unterricht, Gastgewerbe (Catering) sowie das Beamtenamt. Alles in allem dürfte die Zahl der Erwerbstätigen im Jahresdurchschnitt 2016 um 500.000 höher als im Vorjahr ausfallen (2017: +390.000). Die Arbeitslosenquote verringert sich trotz des Beschäftigungsaufbaus nur geringfügig, da das Erwerbspersonenpotenzial zunimmt (2016: 6,2%, zum Vgl. 2015: 6,4%).

Die **Verbraucherpreise** dürften im Jahr 2016 um 0,5% und im Jahr 2017 um 1,5% steigen (zum Vgl. 2015: 0,3%). Maßgeblich für den leichten Anstieg in 2016 ist der binnenwirtschaftlich bedingte Preisauftrieb; die Lohnstückkosten steigen beschleunigt. Hinzu kommt, dass von den Preisen für Importgüter, insbesondere vom Ölpreis, keine nennenswerten dämpfenden Effekte mehr ausgehen.

Der gesamtstaatliche **Haushalt** dürfte trotz migrationsbedingter Mehrausgaben im Plus bleiben: Durch die Ausgaben im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration und die expansiv ausgerichtete Finanzpolitik werden die budgetären Spielräume des Staates in diesem Jahr zwar geringer, doch wird er insbesondere aufgrund der steuerergiebigen Struktur der gesamtwirtschaftlichen Expansion und der weiteren Einsparungen beim Schuldendienst wieder einen Budgetüberschuss erzielen (2016: 11 Mrd. €; 2017: 10 Mrd. €).

¹ Die Lohn- und Transfereinkommen haben sich zum Beispiel erhöht durch: Verringerung der Einkommensteuerbelastung durch Anhebung des Grund- und Kinderfreibetrages sowie Senkung des Einkommensteuertarifs, Rentenanhebung, Erhöhung des Kindergeldes sowie der Hartz-IV-Leistungen und des Wohngeldes. Desweiteren fallen vermehrt monetäre Sozialleistungen für Flüchtlinge an. Insgesamt dürften die real verfügbaren Einkommen in 2016 um real 2% steigen.

Bauwirtschaft

Die Wirtschaftsforschungsinstitute sehen die Bauinvestitionen aufwärtsgerichtet:

„Nach einem schwachen Sommerhalbjahr zeigte sich im Schlussquartal 2015 in allen Bausparten eine merkliche Belebung. Die kräftige Zunahme der Bauinvestitionen um 2,2% dürfte zum Jahresende hin durch die milde Witterung, aufgrund derer es kaum zu Behinderungen kam, verstärkt worden sein. Darüber hinaus profitierte der Wohnungsbau von den weiterhin günstigen Rahmenbedingungen. Der Anstieg der gewerblichen und öffentlichen Bauinvestitionen dürfte von Sonderfaktoren, wie dem kurzfristigen Bedarf aufgrund der Unterbringung von Flüchtlingen, begünstigt sein.

Die Nachfrage nach Wohnraum bleibt angesichts der Zuwanderung, des Niedrigzinsumfelds und der guten Arbeitsmarkt- und Einkommensentwicklung hoch. Dies spiegeln sowohl die zuletzt deutlich gestiegenen Auftragseingänge und Baugenehmigungen als auch die hohen Auftragsreserven wider. Dafür spricht auch die zu Beginn des Jahres 2016 kräftig gestiegene Produktion im Baugewerbe. Darüber hinaus ist das Geschäftsklima im Bauhauptgewerbe günstig und hat sich zuletzt leicht verbessert. Allerdings dürfte die positive Grundtendenz in den Wintermonaten 2016 durch die milde Witterung überzeichnet worden sein. So ist nach einem deutlichen Anstieg der Bautätigkeit im ersten Quartal – als technische Gegenreaktion – ein Rückgang im zweiten Quartal zu erwarten. Im weiteren Prognosezeitraum dürfte der Wohnungsbau angesichts der günstigen Rahmenbedingungen aufwärts gerichtet bleiben. Die Maßnahmen zur steuerlichen Förderung des Mietwohnungsneubaus, nach denen für Gebäude, die in den Jahren 2016 bis 2018 genehmigt werden, eine Sonderabschreibung in Höhe von insgesamt 35% der Baukosten vorgenommen werden kann, dürften allenfalls gegen Ende des Prognosezeitraums Wirkung zeigen. Die Planung von neuen Mietbauobjekten erfordert Zeit. Überdies hängen das Tempo und die zeitliche Umsetzung neuer Mietbauobjekte von dem Ausweis von Bauflächen und den Kapazitäten des Baugewerbes ab, die derzeit bereits außerordentlich stark ausgelastet sind. Alles in allem werden die Wohnungsbauinvestitionen im Verlauf dieses Jahres um 2,1% und im Verlauf des kommenden Jahres um 3,0% zunehmen; für die Jahresdurchschnitte ergeben sich Raten von 2,9 bzw. 1,8%.

Der gewerbliche Bau dürfte im Prognosehorizont in der Tendenz moderat aufwärts gerichtet sein. So haben die Auftragseingänge und die Baugenehmigungen für gewerbliche Bauten in der Tendenz wieder angezogen. Impulse kommen von den konsumnahen Wirtschaftsbereichen wie Handel und Gaststätten sowie vom Investitionsprogramm der Deutschen Bahn und vom Bundesförderprogramm für den Breitbandausbau. Die verhaltene Dynamik der Ausrüstungsinvestitionen lässt ansonsten nur eine mäßige Zunahme der Investitionen im gewerblichen Bereich erwarten. Vor diesem Hintergrund ist in diesem Jahr mit einer Ausweitung der gewerblichen Bauinvestitionen real um 1,8% zu rechnen. Im kommenden Jahr dürfte der gewerbliche Bau moderat um 0,6% zunehmen.

Im öffentlichen Bau konnte der Einbruch im ersten Halbjahr 2015 durch einen kräftigen Anstieg zum Ende des Jahres nicht wettgemacht werden, die Investitionen gingen im Durchschnitt des Jahres 2015 um 1,6% zurück. Im Prognosezeitraum dürfte die öffentliche Hand jedoch verstärkt investieren. Am aktuellen Rand sind die Auftragseingänge im öffentlichen Hoch- und Tiefbau kräftig gestiegen, und die Auftragsbestände sind hoch. Auch haben die Baugenehmigungen für öffentliche Hochbauten in der Tendenz zugelegt und die Geschäftserwartungen der im öffentlichen Bau tätigen Bauunternehmen hellten sich auf. Darüber hinaus dürfte im gesamten Prognosezeitraum neben der guten Kassenlage vieler Kommunen auch die Errichtung eines Sondervermögens für finanzschwache Gemeinden für steigende Investitionen sorgen. Zudem werden sich wohl die zusätzlichen Bundesmittel für Erweiterung und Erhalt der Verkehrsinfrastruktur sowie die Maßnahmen zum Ausbau von Bildungseinrichtungen positiv auf die Bautätigkeit des öffentlichen Sektors auswirken. Anstöße dürften ab diesem Jahr auch von dem neu aufgelegten Investitionspaket mit den Kernpunkten Verkehrs- und digitale Infrastruktur, Energieeffizienz, Klimaschutz und Städtebauförderung ausgehen. Alles in allem dürften die öffentlichen Bauinvestitionen im Jahr 2016 um 4,5% und im Jahr 2017 um 1,2% expandieren.

Insgesamt werden die Bauinvestitionen im Prognosezeitraum merklich ausgeweitet. Im laufenden Jahr ist ein Zuwachs um 2,8% und im kommenden Jahr um 1,4% zu erwarten.“

Der BBS teilt die Einschätzungen im Großen und Ganzen, sieht die Perspektiven im Nichtwohnbau 2016 jedoch weniger positiv. So dürfte im Wirtschaftsbau angesichts der Investitionsschwäche vieler Unternehmen allenfalls ein leichter Zuwachs erfolgen. Im öffentlichen Bau sind insbesondere aufgrund der Mittelaufstockung für die Bundesverkehrswege zwar Investitionszuwächse absehbar, die jedoch etwas geringer ausfallen dürften. So erfolgt etwa der Mittelabfluss beim kommunalen Investitionspaket bislang schleppend. Alles in allem rechnet der BBS für 2016 mit einer Ausweitung der realen Bauinvestitionen um insgesamt rund 2%.

Wirtschaftspolitik

- Die deutsche Wirtschaft befindet sich nach Einschätzung der Institute in einem Aufschwung. Dieser ist jedoch nur moderat, ungeachtet des Zusammentreffens einer Reihe stimulierender Faktoren (niedriger Rohölpreises, niedrige Zinsen, expansiven Ausrichtung der Finanzpolitik). Neben z.B. der mangelnden Investitionstätigkeit der Unternehmen sehen die Institute die Ausgestaltung Wirtschaftspolitik in Deutschland als wenig wachstumsfreundlich. Sie setzte, so die Forschungsinstitute, vielmehr ihre Schwerpunkte bei verteilungspolitischen und konsumtiven Maßnahmen.

Ein Wachstumshemmnis wird zum Beispiel bei den Ausgaben für **Bildung** in Deutschland gesehen, die gemessen an anderen fortgeschrittenen Volkswirtschaften auf allen Ebenen des Bildungssystems gering sind. Als weiteres Hemmnis wird die hohe Belastung des **Faktors Arbeit** mit Steuern und Sozialabgaben wahrgenommen.

- Die Wirtschaftsforschungsinstitute kritisieren zudem, dass die **Konsolidierungserfolge** in Bezug auf den deutschen Staatshaushalt **nicht nachhaltig** seien. Zum einen profitiert die Rentenversicherung von einem demografischen Zwischenhoch. Zum anderen ist die Verbesserung des Budgetsaldos zu einem erheblichen Teil auf Einsparungen bei den Zinsausgaben zurückzuführen.

Die Bundesregierung habe verteilungspolitische Maßnahmen wie die abschlagsfreie Rente ab 63 und die Mütterrente zu Lasten der Rentenkasse finanziert. Mit diesen Maßnahmen habe sie der Rentenversicherung weitere versicherungsfremde Leistungen aufgebürdet, so die Institute. Dies sei insofern problematisch, als das klar sei, dass mit Ende des demografischen Zwischenhochs die Beiträge zur Rentenversicherung deutlich steigen dürften.

- Die Institute warnen darüber hinaus vor einem möglichen **Überhitzen der Immobilienmärkte**. Die Entwicklung sei bislang zwar nicht besorgniserregend, jedoch hätten die Immobilienpreise insbesondere in einigen Städten spürbar angezogen. Nach wie vor entsprechen – trotz stellenweise erheblich steigender Nachfrage nach Wohnraum – die realen Immobilienpreise in etwa dem langjährigen Durchschnitt. In Relation zu den Mieterträgen oder den verfügbaren Einkommen seien Immobilien erschwinglich. Gesamtwirtschaftliche Gefahren entstünden zudem erst mit einer starken Ausweitung von Hypothekarkrediten und mit risikoreicheren Finanzierungen. Weder die Entwicklung des Kreditvolumens noch die Struktur der Laufzeiten seien bislang besorgniserregend.

Falls sich die Lage verschärfe, würden der Geldpolitik adäquate Instrumente fehlen. So empfehlen die Forschungsinstitute die baldige Einführung von Maßnahmen, die der Ausschuss für Finanzmarktstabilität vorgeschlagen hat. Dazu gehören zum Beispiel die Einführung von Obergrenzen für die Fremdkapitalfinanzierung von Wohnimmobilien, die Vorgabe eines Amortisationszeitraums sowie Obergrenzen für den Schuldendienst und die Gesamtverschuldung in Relation zum Einkommen.

Eckdaten der Prognose für Deutschland

	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Reales Bruttoinlandsprodukt (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	0,4	0,3	1,6	1,7	1,6	1,5
Erwerbstätige ¹ (1 000 Personen)	42 060	42 328	42 703	43 032	43 535	43 921
Arbeitslose (1 000 Personen)	2 897	2 950	2 898	2 795	2 737	2 822
Arbeitslosenquote BA ² (in %)	6,8	6,9	6,7	6,4	6,2	6,4
Verbraucherpreise ³ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	2,0	1,5	0,9	0,3	0,5	1,5
Lohnstückkosten ⁴ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	3,1	2,0	1,7	1,7	2,5	2,0
Finanzierungssaldo des Staates ⁵ in Mrd. Euro	-2,7	-3,8	8,4	21,2	11,0	9,8
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	-0,1	-0,1	0,3	0,7	0,4	0,3
Leistungsbilanzsaldo in Mrd. Euro	193,6	190,4	212,9	257,5	254,2	263,3
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	7,0	6,8	7,3	8,5	8,1	8,1

1 Im Inland

2 Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit).

3 Verbraucherpreisindex (2010 = 100).

4 Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

5 In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 2010).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Deutsche Bundesbank; 2016 und 2017: Prognose der Institute.

Reale Bauinvestitionen

2013 bis 2017

	2013	2014	2015	2016	2017	
	Anteil in Prozent	Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent				
Wohnungsbau	60,1	-0,7	3,3	1,6	2,9	1,8
Nichtwohnbauten	39,9	-1,5	2,4	-1,5	2,6	0,8
Gewerblicher Bau	28,3	-2,2	2,3	-1,4	1,8	0,6
Öffentlicher Bau	11,7	0,2	2,7	-1,6	4,5	1,2
Bauinvestitionen	100,0	-1,1	2,9	0,3	2,8	1,4

Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen der Institute, 2016 und 2017: Prognose der Institute.

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2016 und 2017

	2015	2016	2017	2016		2017	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
1. Entstehung des Inlandsprodukts							
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Erwerbstätige	0,8	1,2	0,9	1,2	1,1	0,9	0,9
Arbeitsvolumen	1,1	1,6	0,8	2,0	1,2	1,0	0,6
Arbeitszeit je Erwerbstätigen	0,3	0,4	-0,1	0,8	0,0	0,1	-0,2
Produktivität ¹	0,6	0,1	0,7	0,0	0,1	0,6	0,9
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	1,7	1,6	1,5	2,0	1,3	1,6	1,5
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen							
a) Milliarden Euro							
Konsumausgaben	2220,1	2293,9	2370,1	1116,7	1177,2	1153,9	1216,3
Private Haushalte ²	1633,4	1678,4	1727,3	818,0	860,4	842,3	885,0
Staat	586,7	615,5	642,8	298,7	316,8	311,5	331,3
Anlageinvestitionen	606,2	630,3	653,6	302,8	327,6	314,0	339,6
Ausrüstungen	200,1	205,8	213,2	97,7	108,1	101,5	111,7
Bauten	297,7	311,2	322,0	149,9	161,3	154,8	167,1
Sonstige Anlageinvestitionen	108,5	113,4	118,5	55,2	58,2	57,6	60,8
Vorratsveränderung ³	-36,5	-23,8	-26,6	1,1	-24,9	-0,6	-26,0
Inländische Verwendung	2789,8	2900,4	2997,2	1420,5	1479,9	1467,3	1529,9
Außenbeitrag	236,1	234,4	242,3	120,2	114,2	124,9	117,3
Nachrichtlich: in Relation zum BIP in %	7,8	7,5	7,5	7,8	7,2	7,8	7,1
Exporte	1419,6	1437,4	1504,0	706,5	730,9	741,2	762,7
Importe	1183,5	1203,0	1261,7	586,3	616,7	616,3	645,4
Bruttoinlandsprodukt	3025,9	3134,9	3239,4	1540,8	1594,1	1592,2	1647,2
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Konsumausgaben	3,0	3,3	3,3	3,4	3,3	3,3	3,3
Private Haushalte ²	2,6	2,8	2,9	2,7	2,8	3,0	2,9
Staat	4,0	4,9	4,4	5,3	4,5	4,3	4,6
Anlageinvestitionen	3,6	4,0	3,7	4,6	3,4	3,7	3,7
Ausrüstungen	5,4	2,9	3,6	3,7	2,2	3,9	3,3
Bauten	2,0	4,5	3,5	5,3	3,9	3,3	3,6
Sonstige Anlageinvestitionen	4,7	4,5	4,5	4,6	4,5	4,5	4,5
Inländische Verwendung	2,6	4,0	3,3	4,2	3,8	3,3	3,4
Exporte	6,5	1,3	4,6	1,2	1,3	4,9	4,4
Importe	4,1	1,6	4,9	1,3	2,0	5,1	4,7
Bruttoinlandsprodukt	3,8	3,6	3,3	3,9	3,3	3,3	3,3
3. Verwendung des Inlandsprodukts, verkettete Volumenangaben (Referenzjahr 2010)							
a) Milliarden Euro							
Konsumausgaben	2061,6	2109,2	2145,2	1034,8	1074,4	1052,4	1092,8
Private Haushalte ²	1532,5	1564,4	1588,3	765,7	798,8	777,3	811,0
Staat	529,1	544,5	556,5	268,9	275,6	274,8	281,7
Anlageinvestitionen	558,4	573,2	585,7	275,5	297,6	281,7	304,0
Ausrüstungen	195,9	200,8	207,5	94,8	106,1	98,2	109,2
Bauten	263,3	270,6	274,4	131,0	139,7	132,6	141,8
Sonstige Anlageinvestitionen	99,6	102,1	104,5	49,9	52,2	51,1	53,5
Inländische Verwendung	2586,4	2658,4	2701,1	1313,4	1344,9	1334,1	1367,0
Exporte	1350,9	1377,5	1433,1	677,6	699,9	707,6	725,5
Importe	1153,6	1208,2	1264,5	588,8	619,4	618,3	646,2
Bruttoinlandsprodukt	2782,6	2828,2	2872,0	1402,1	1426,1	1423,9	1448,0
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Konsumausgaben	2,1	2,3	1,7	2,6	2,1	1,7	1,7
Private Haushalte ²	1,9	2,1	1,5	2,3	1,9	1,5	1,5
Staat	2,4	2,9	2,2	3,2	2,7	2,2	2,2
Anlageinvestitionen	2,2	2,6	2,2	3,3	2,0	2,3	2,1
Ausrüstungen	4,8	2,5	3,3	3,2	1,9	3,7	3,0
Bauten	0,3	2,8	1,4	3,7	2,0	1,3	1,5
Sonstige Anlageinvestitionen	2,7	2,5	2,4	2,6	2,4	2,4	2,4
Inländische Verwendung	1,6	2,8	1,6	3,2	2,4	1,6	1,6
Exporte	5,4	2,0	4,0	2,0	1,9	4,4	3,7
Importe	5,8	4,7	4,7	4,8	4,7	5,0	4,3
Bruttoinlandsprodukt	1,7	1,6	1,5	2,0	1,3	1,6	1,5

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2016 und 2017

	2015	2016	2017	2016		2017	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010 = 100)							
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Private Konsumausgaben ²	0,6	0,7	1,4	0,3	0,9	1,4	1,3
Konsumausgaben des Staates	1,6	1,9	2,2	2,0	1,8	2,0	2,3
Anlageinvestitionen	1,4	1,3	1,5	1,3	1,4	1,4	1,5
Ausrüstungen	0,6	0,3	0,3	0,5	0,2	0,3	0,3
Bauten	1,7	1,7	2,1	1,5	1,9	2,0	2,1
Exporte	1,0	-0,7	0,6	-0,8	-0,6	0,5	0,7
Importe	-1,6	-2,9	0,2	-3,3	-2,6	0,1	0,3
Bruttoinlandsprodukt	2,1	1,9	1,8	1,9	2,0	1,8	1,8
5. Einkommensentstehung und -verteilung							
a) Milliarden Euro							
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2 116,6	2 183,5	2 256,1	1 074,2	1 109,2	1 110,7	1 145,3
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	280,4	292,3	304,4	141,5	150,8	147,6	156,9
Bruttolöhne und -gehälter	1 262,7	1 316,9	1 365,6	627,8	689,1	651,9	713,7
Übrige Primäreinkommen ⁴	573,5	574,3	586,1	304,9	269,4	311,3	274,8
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	443,8	474,3	494,0	218,0	256,3	226,6	267,4
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 560,3	2 657,8	2 750,1	1 292,3	1 365,5	1 337,3	1 412,8
Abschreibungen	531,2	545,0	559,5	271,2	273,8	278,3	281,2
Bruttonationaleinkommen	3 091,5	3 202,8	3 309,6	1 563,4	1 639,3	1 615,7	1 693,9
<i>nachrichtlich:</i>							
Volkseinkommen	2 260,6	2 352,6	2 437,9	1 142,6	1 209,9	1 184,1	1 253,8
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	717,5	743,4	767,9	373,3	370,1	384,7	383,2
Arbeitnehmerentgelt	1 543,1	1 609,2	1 670,0	769,4	839,9	799,4	870,6
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	3,0	3,2	3,3	3,3	3,1	3,4	3,3
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	3,2	4,2	4,1	4,3	4,2	4,2	4,0
Bruttolöhne und -gehälter	4,0	4,3	3,7	4,4	4,2	3,8	3,6
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	2,9	2,8	2,7	2,9	2,8	2,8	2,6
Übrige Primäreinkommen ⁴	0,7	0,1	2,1	0,5	-0,3	2,1	2,0
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	8,3	6,9	4,2	9,0	5,1	3,9	4,3
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3,9	3,8	3,5	4,2	3,4	3,5	3,5
Abschreibungen	2,6	2,6	2,7	2,6	2,6	2,6	2,7
Bruttonationaleinkommen	3,7	3,6	3,3	3,9	3,3	3,3	3,3
<i>nachrichtlich:</i>							
Volkseinkommen	3,9	4,1	3,6	4,4	3,7	3,6	3,6
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	3,9	3,6	3,3	4,5	2,7	3,1	3,5
Arbeitnehmerentgelt	3,9	4,3	3,8	4,4	4,2	3,9	3,7
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte²							
a) Milliarden Euro							
Masseneinkommen	1 263,4	1 317,0	1 362,6	631,3	685,7	655,1	707,5
Nettolöhne und -gehälter	838,4	873,4	898,3	411,5	461,9	423,7	474,6
Monetäre Sozialleistungen	523,9	546,4	570,6	271,0	275,4	284,2	286,4
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	98,9	102,7	106,4	51,1	51,6	52,9	53,5
Übrige Primäreinkommen ⁴	573,5	574,3	586,1	304,9	269,4	311,3	274,8
Sonstige Transfers (Saldo) ⁵	-79,2	-80,9	-83,8	-39,2	-41,7	-40,6	-43,2
Verfügbares Einkommen	1 757,7	1 810,4	1 864,8	897,0	913,4	925,7	939,1
<i>Nachrichtlich:</i>							
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	50,5	51,4	52,2	25,5	25,9	25,8	26,5
Konsumausgaben	1 633,4	1 678,4	1 727,3	818,0	860,4	842,3	885,0
Sparen	174,8	183,4	189,7	104,5	78,9	109,1	80,6
Sparquote (%) ⁶	9,7	9,9	9,9	11,3	8,4	11,5	8,3
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Masseneinkommen	3,7	4,2	3,5	4,1	4,4	3,8	3,2
Nettolöhne und -gehälter	3,7	4,2	2,9	4,3	4,1	3,0	2,7
Monetäre Sozialleistungen	3,6	4,3	4,4	3,6	5,0	4,9	4,0
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	3,3	3,8	3,6	3,6	4,1	3,5	3,6
Übrige Primäreinkommen ⁴	0,7	0,1	2,1	0,5	-0,3	2,1	2,0
Verfügbares Einkommen	2,8	3,0	3,0	2,9	3,1	3,2	2,8
Konsumausgaben	2,6	2,8	2,9	2,7	2,8	3,0	2,9
Sparen	4,3	4,9	3,4	4,8	5,0	4,5	2,1

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2016 und 2017

	2015	2016	2017	2016		2017	
				1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
7. Einnahmen und Ausgaben des Staates⁷							
a) Milliarden Euro							
Einnahmen							
Steuern	690,9	711,0	735,0	354,3	356,7	366,6	368,4
Nettosozialbeiträge	501,2	523,7	548,4	253,9	269,8	266,1	282,3
Vermögenseinkommen	23,3	21,9	22,1	12,2	9,7	12,6	9,6
Sonstige Transfers	19,0	19,1	19,4	9,0	10,1	9,1	10,3
Vermögenstransfers	11,9	11,4	11,2	5,0	6,4	4,8	6,4
Verkäufe	103,5	105,1	107,0	49,4	55,8	50,3	56,8
Sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1 349,9	1 392,4	1 443,4	683,8	708,6	709,5	733,8
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	396,1	417,7	438,5	200,9	216,7	210,5	227,9
Arbeitnehmerentgelt	230,7	238,3	245,0	114,4	123,9	117,6	127,4
Vermögenseinkommen (Zinsen)	48,5	46,4	45,2	23,4	23,0	22,7	22,5
Subventionen	26,8	27,6	28,6	13,6	14,0	14,1	14,5
Monetäre Sozialleistungen	469,3	489,9	512,3	242,8	247,1	255,1	257,1
Sonstige laufende Transfers	63,0	65,2	68,8	37,8	27,4	39,9	28,9
Vermögenstransfers	30,3	29,1	29,7	12,2	16,9	12,5	17,3
Bruttoinvestitionen	65,9	68,7	70,8	29,1	39,6	30,1	40,7
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-2,0	-1,5	-5,3	-0,6	-0,8	-4,4	-0,8
Insgesamt	1 328,7	1 381,4	1 433,6	673,6	707,8	698,1	735,5
Finanzierungssaldo	21,2	11,0	9,8	10,2	0,8	11,5	-1,7
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Einnahmen							
Steuern	4,7	2,9	3,4	3,1	2,8	3,5	3,3
Nettosozialbeiträge	4,0	4,5	4,7	4,6	4,4	4,8	4,6
Vermögenseinkommen	-6,8	-6,0	1,4	-8,5	-2,7	3,3	-1,0
Sonstige Transfers	-0,5	0,5	1,6	0,7	0,3	1,1	2,0
Vermögenstransfers	-2,5	-3,9	-1,8	-3,6	-4,1	-4,0	0,0
Verkäufe	2,0	1,5	1,8	1,3	1,7	1,8	1,8
Sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	3,9	3,1	3,7	3,2	3,1	3,8	3,6
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	4,6	5,4	5,0	6,1	4,9	4,8	5,2
Arbeitnehmerentgelt	2,7	3,3	2,8	3,3	3,3	2,8	2,8
Vermögenseinkommen (Zinsen)	-5,7	-4,4	-2,6	-4,4	-4,4	-3,0	-2,2
Subventionen	5,2	2,9	3,6	3,1	2,8	3,7	3,6
Monetäre Sozialleistungen	4,1	4,4	4,6	3,6	5,2	5,1	4,1
Sonstige laufende Transfers	2,2	3,6	5,5	5,0	1,7	5,6	5,5
Vermögenstransfers	-16,7	-4,2	2,2	1,4	-7,9	2,0	2,4
Bruttoinvestitionen	4,2	4,3	3,1	4,1	4,4	3,4	2,8
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	2,9	4,0	3,8	4,1	3,8	3,6	3,9

1 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

2 Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

3 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

4 Selbstständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.

5 Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers.

6 Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche).

7 Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

8 Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen), Berechnungen der Institute; 2016 und 2017: Prognose der Institute.